

Saale
 ildern
 chen, über:
 eutschum"
 abends
 in
 MÉ
 esen
 — Trunk
 orverkauf
 an der
 Calw
 en=
 D
 ber 1926
 8 Uhr.
 ar zweier
 erer Berg-
 Turnerinnen-
 e. „Calwer
 unterhaltung.
 Sonntag
 en
 zberg.
 Sonntag
 ope
 pen.
 Art
 eislage
 ann. Größte
 Preise, da
 ichterungen.
 erungen.
 ützen
 äten
 Kürschner-
 meister
 Westliche 22

Erscheinungsweise:
 Täglich mit Ausnahme
 der Sonn- und Festtage
Anzeigenpreis:
 a) im Anzeigenteil:
 die Seite 15 Goldpfennige
 b) im Reklameteil:
 die Seite 50 Goldpfennige
 Auf Sammelanzeigen
 kommen 50% Zuschlag
 Für Platzvorschriften
 kann keine Gewähr
 übernommen werden
 Gerichtsstand für beide Teile
 ist Calw.



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:
 In der Stadt 40 Goldpfennige
 wöchentlich mit Trägerlohn
 Post-Bezugspreis 40 Gold-
 pfennige ohne Bestellgeld
Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags
 In Fällen höherer Gewalt
 besteht kein Anspruch auf Lieferung
 der Zeitung oder auf Rückzahlung
 des Bezugspreises
Fernsprecher Nr. 9
Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei.

Nr. 267

Montag, 15. November 1926.

101. Jahrgang

Beratungspause des Reichstags.

Vertagung der außenpolitischen Aussprache.

Annahme der Krisenfürsorge.
 Berlin, 15. Nov. Der Reichstag gönnt sich nach einer an Erregungen außerhalb des Plenarsaales reichen Woche eine kurze Zeit Ferien. Er will erst am 22. November seine Arbeiten wieder aufnehmen. Vorher hatte er am Samstag im Eiltempo noch eine sehr reichhaltige Tagesordnung erledigt. Der Handelsvertrag mit der Schweiz ging über die Bühne, ebenso das provisorische Abkommen mit Frankreich. In beiden Fällen ging es nicht ohne Widerstand, aber schließlich siegte bei der Mehrheit doch die Einsicht, daß die Vorteile größer seien als die Nachteile. Auch der Entwurf über die Krisenfürsorge der Erwerbslosen, der ja der Ausgangspunkt der ganzen Schwierigkeiten der vergangenen Tage war, machte nicht viel Aufsehen, nachdem die Sozialdemokraten in einer Erklärung ihre Gründe dargelegt hatten, weshalb sie doch für die Vorlage stimmten, die sie früher abgelehnt hatten. So konnte dann noch, nachdem den Kommunisten der Hochverratsprozeß bis zum kommenden Sommer gestundet war, die innerpolitische Aussprache zu Ende geführt werden, bei der von deutschnationaler Seite der junge Spahn eine ebenso scharfe Attacke gegen das Zentrum ritt, wie sie tags zuvor Herr Dr. Schreiber gegen die Deutschnationalen geritten hatte. Dann ging man wohlbefriedigt in die Ferien. Herr von Graefe hatte zwar am Freitag ganz leise angedeutet, daß doch schließlich die Außenpolitik noch zur Verhandlung stehe, aber der Wunsch, nach Hause zu kommen, war stärker, und so wird man über das Ressort des Herrn Stresemann erst in der übernächsten Woche sich unterhalten. Inzwischen soll nach der Meinung lugsdiger Thebaner die Zeit der Ruhe benützt werden, um zunächst einmal in privaten Gesprächen zwischen einzelnen Herren des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten die Möglichkeit einer Großen Koalition abzuguteln. Offizielle Verhandlungen werden das nicht sein, können das auch nicht sein, weil das Reichskabinett nach wie vor in der Mehrheit der Ansicht ist, daß eine Große Koalition nicht zu bilden ist, eine Auffassung, die auch bei den Regierungsparteien sehr viele Anhänger hat.

Die deutschnationalen Taktik im Reichstag.

In Berlin, 15. Nov. Im Rahmen einer deutschnationalen Parteiveranstaltung sprach am Samstag der Abgeordnete Dr.

Kademaßer über das Thema „Wirtschaftsnot und Politik“. Er ging dabei auf die letzten Vorgänge im Reichstag ein, durch die es der Sozialdemokratie ermöglicht worden sei, außerhalb der Regierungverantwortlichkeit zu bleiben, ihre Agitation ungehemmt fortzuführen und außerdem einen wesentlichen Teil ihrer sozialpolitischen Wünsche durchzusetzen. Die größte bürgerliche Partei, die Deutschnationale Volkspartei, sei in diesem Spiel der Kräfte völlig ausgeschaltet worden. Die Mittelparteien hätten es vorgezogen, gegen ihre bessere Einsicht mit der Sozialdemokratie als im Sinne ihrer eigenen Überzeugung mit den Deutschnationalen zu stimmen. Es sei eine bewusste Irreführung der öffentlichen Meinung, wenn behauptet werde, die Deutschnationalen hätten durch ihre letzten Abstimmungen die große Koalition erzwungen oder vorbereitet. Die Regierungsparteien hätten jederzeit mit ihnen eine Mehrheit auf verständiger Grundlage haben können, hätten es aber abgelehnt, auch nur Verhandlungen anzuknüpfen. Die Volkspartei erweise sich hierbei mehr und mehr als Schleppenträger des linken Flügels des Zentrums. Die Fraktion der Deutschnationalen hätte nicht etwas Neues geschaffen, sondern nur den schon bestehenden Zustand des heimlichen Mitregierens der Sozialdemokratie in Erscheinung treten lassen. Die Deutschnationalen würden unentwegt an ihrem Ziel einer bürgerlichen Einheitsfront gegenüber der Sozialdemokratie und dem Marxismus festhalten. Erreichbar sei dieses Ziel allerdings nur, wenn innerhalb des deutschen Bürgertums die großen politischen Gedanken gegenüber der rein wirtschaftlichen Einstellung, wie die Wahlen in Sachsen gezeigt hätten, den Vorrang behielten.

Das Saarabkommen vor dem Auswärtigen Ausschuß.

In Berlin, 15. Nov. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages überwies nach einer Begründung durch den Ministerialdirektor Dr. Pöffe den Gesetzentwurf über die Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich über den Austausch von Erzeugnissen einiger deutscher und saarländischer Industrien (das sog. zweite Saarabkommen) ohne Aussprache dem handelspolitischen Ausschuß. Beschlossen wurde, eine gemeinsame Aussprache mit dem handelspolitischen Ausschuß über den Eisenpakt unter Aufhebung der Vertraulichkeit in Aussicht zu nehmen. Die nächste Sitzung des Ausschusses soll am Montag, 22. November, mit der Tagesordnung: Militärkontrolle, Schiedsverträge und polnische Fragen, stattfinden.

Um die Aufhebung der Militärkontrolle.

Geteilte Auffassungen in Paris.

In Paris, 15. Nov. Die Frage der Aufhebung der interalliierten Militärkontrollkommission steht weiterhin im Vordergrund des Interesses. Die Auffassung geht dahin, daß eine Uebertragung der Militärkontrolle an den Völkerbund im Laufe der Beratungen des Völkerbundsrates anfangs Dezember in Genf kaum zu erwarten wäre. Die „Information“ meint sogar, daß eine endgültige Regelung dieser Frage nicht vor der nächsten Tagung des Völkerbundes im März, die wahrscheinlich in Berlin stattfinden werde, in Frage komme. Es müssen vorher noch zwei heikle Fragen geregelt werden: 1. ob auf Grund eines Berichtes der Kontrollkommission des Völkerbundes Sanktionen mit Stimmeneinheit oder mit Stimmenmehrheit zu fassen seien, 2. der Völkerbundsrat habe bereits zum wiederholten Male die Ueberprüfung des Berichtes über die Kontrolle der entmilitarisierten Rheinlandzone nach der Räumung durch die alliierten Truppen zurückgestellt. Der offiziöse „Petit Parisien“ weiß von einem Versprechen zu berichten, nach dem die deutsche Regierung binnen kurzem den Forderungen der Völkervertragskonferenz hinsichtlich der Abrüstung Genüge leisten wolle. Es sei für die Bereitwilligkeit der deutschen Regierung bezeichnend, daß sie einen Sachverständigen für die Entwaffnungsfrage nach Paris entsandt habe. Wenn die Klärung dieses Herrn und die Feststellung General Walshs, der nach Berlin zurückgekehrt sei, um sich an Ort und Stelle von der Durchführung der Forderungen der Völkervertragskonferenz zu überzeugen, genügend seien, so würde die Völkervertragskonferenz ihrerseits erklären, daß die Reichsregierung die Entwaffnungsklausel erfüllt habe. Die interalliierte Militärkontrollkommission könnte sodann auf der Tagung des Völkerbundsrates am 6. Dezember aufgelöst werden, um durch eine Kommission, die unter dem Schutz des Völkerbunds stünde, ersetzt zu werden. Das Programm dieser Kommission sei allerdings noch nicht vollstän-

dig festgelegt, ebenso auch nicht ihr Sitz. Deutschland würde viel Wert darauf legen, daß dieser nicht in Deutschland, sondern in Genf sei, und daß es sich nicht um eine ständige Kommission handle. Es sei zu erwarten, daß alle diese Punkte im Laufe der nächsten Sitzung des Völkerbundsrates, bei dem sowohl Stresemann wie auch Briand anwesend sein werden, geregelt werden könnten.

Vandervelde über die Kontrollfrage.

In Brüssel, 15. Nov. Ueber die Verhandlungen zwischen Briand und Vandervelde in Paris erklärt letzterer, daß er über die erzielten Ergebnisse der Zusammenkunft, auf der der ganze Fragenkomplex über die Thoiry-Verträge aufgerollt wurde, erfreut sei. Die Frage der Entwaffnung wie der Interalliierten Kontrollkommission in Deutschland, der Verminderung der Besatzungsarmee am Rhein und der Mobilisierung der Eisenbahnobligationen sei erörtert worden. Die beiden Regierungen seien in ihren Ansichten einig, äußerte Vandervelde, und fügte hinzu, daß wenn die Konferenz der Völkervertragskonferenz die einzugetragenen Verpflichtungen als ausreichend beurteile, der Völkerbund die militärische Kontrolle aufheben werde. Eine gegenseitige Uebereinstimmung herrsche auch über die Fragen, die die nächste Völkerbundstagung beschäftigen werden. Die Thoiry-Politik mache Fortschritte. Bei der Zusammenkunft seien außerdem noch die Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und Belgien und die Ereignisse in China besprochen worden.

Polnische Bahnbauten an der Westgrenze.

In Warschau, 15. Nov. Das Verkehrsministerium hat soeben einen großzügigen Weiterbauplan der polnischen Eisenbahn fertiggestellt. Das Ministerium ist von dem Gedanken ausgegangen, die Ostprovinzen Polens mit Oberschlesien und Pommern zu verbinden. Es soll eine 484 Kilometer lange Linie zwischen Wol-

Tages-Spiegel.

Der Reichstag ist nach Verabschiedung der Krisenfürsorge und des deutsch-schweizerischen Handelsvertrages in eine Beratungspause eingetreten.

Die außerordentliche Aussprache im Reichstag beginnt am 22. November.

Die Frage des Uebergangs der Militärkontrolle auf den Völkerbund bildet in Paris den Gegenstand der Beratungen. Die Ansichten hierüber sind nach wie vor geteilt.

Der belgische Außenminister Vandervelde äußerte sich nach seiner Besprechung mit Briand zuversichtlich über die Lösung der Kontrollfrage.

Die katholische Zentrumspartei der belgischen Kammer hat sich gegen eine Rückgabe von Eupen und Malmedy an Deutschland auf der Basis eines Finanzausgleiches ausgesprochen.

Wie in amtlichen Kreisen verlautet, wird am 1. April 1927 die Prohibition in Norwegen abgeschafft.

In Italien kam es erneut zu Ausschreitungen der Faschisten und anti-französischen Kundgebungen.

Nachdem ein kommunistischer Aufstand in Niederländisch-Indien niedergeworfen worden ist, ist nunmehr auf Java ein solcher ausgebrochen.

hynien und dem Dombrower Kohlengebiet in Oberschlesien und eine 333 Kilometer lange Linie zwischen Pinst und Thorn mit Anschluß nach Danzig und Gdingen — Hafen gebaut werden. Die Kosten sind auf 400 Millionen Reichsmark veranschlagt. Eine Gruppe amerikanischer Finanziers hat sich bereit erklärt, den Bau zu finanzieren. Diesbezügliche Verhandlungen stehen kurz vor dem Abschluß.

Die Gemeindevahlen in Baden.

Die Stadtratswahlen in Karlsruhe.
 In Karlsruhe, 15. Nov. Bei den Stadtratswahlen in Karlsruhe erhielt das Zentrum 19 Mandate (früher 19), Sozialdemokraten 23 (27), Kommunisten 6 (5), Demokraten 5 (9), Deutsche liberale Volkspartei 13 (9), Deutschnationale und Vaterländische Verbände 9 (9), Aufwarter 5 (0), wirtschaftliche bürgerliche Vereinigung 3 (5), politische Wirtschaftsgruppe 1 (0).

Die Gemeindevahlen in Sachsen.

In Leipzig, 15. Nov. Die Stadtratswahlen in Leipzig haben nach dem vorläufigen Endergebnis folgende Zusammensetzung des neuen Stadtparlamentes ergeben: Wirtschaftspolitische Gemeinschaftsliste 18 (24), sozialdemokratische Partei 26 (19), Kommunisten 14 (14), deutsch-demokratische Partei 4 (7), Wölkische 0 (7), Unabhängige 0 (2), Volksgemeinschaft 0, Volksrecht und Aufwertung 6, Nationalsozialisten 0, Reichsgemeinschaft des deutschen Mittelstandes 4, Alte Sozialdemokraten 1 Mandat.
 Chemnitz: Sozialdemokraten und Kommunisten 31, bürgerliche Parteien 30, Zwickauer 24 (25), Meißner 17 (15), Bautzen 16 (19), Radebeul 11 (12), Bischofswerder 8 (11), Glauchau 15 (16), Annaberg 13 (22), in etwa 40 Städten und Gemeinden verschiedener Größe sind bürgerliche Mehrheiten in der Mehrzahl. Die jeweiligen Mehrheiten sind rechts oder links sehr knapp.

Die Stadtverordnetenwahlen in Polnisch-Oberschlesien.

Eine Ueberraschung — starke deutsche Mehrheiten.
 In Kattowitz, 15. Nov. Die bisher vorliegenden Meldungen über die am gestrigen Sonntag in Polnisch-Oberschlesien stattgefundenen Gemeindevahlen bringen geradezu Ueberraschungen. So wird gemeldet, daß in den Landkreisen Larnowitz und Liblitz die deutsche Mehrheit überwiegt und zwar selbst in den Ortschaften, in denen während der Abstimmungszeit keine einzige deutsche Stimme abgegeben wurde. Ebenso lauten die Meldungen aus den Kreisen Rybnitz und Pleß. In der Stadt Pleß selbst haben die Deutschen 14 Mandate, die Polen 7, die Rustospartei 2 und die wirtschaftliche Partei 1 Mandat erhalten. Aus Kattowitz liegen bisher die Ergebnisse aus 25 Bezirken vor. Die deutsche Wahlgemeinschaft und die deutsche sozialdemokratische Partei können mit Bestimmtheit auf eine Mehrheit von 60 Prozent im neuen Stadtverordnetenkollegium rechnen. Ebenso lauten die Ergebnisse aus Königsbrunn. In den Industrieortschaften wie Schoppniz, Eichenau und anderen Orten haben die Deutschen ebenfalls erhebliche Mehrheiten erzielt.

Kleine politische Nachrichten.

Das deutsche Eigentum in Südtirol. Vor wenigen Tagen ist nach langwierigen Verhandlungen eine deutsch-italienische Vereinbarung über Abfindung des reichsdeutschen Eigentums in Südtirol zustande gekommen. Das deutsche Eigentum, das schon in dritte Hände übergegangen ist, wird von Italien mit einer Pauschalsumme von 50 Millionen Lire abgelöst. Ferner werden eine größere Anzahl von deutschen Besitzungen zurückgegeben werden, bei denen die Bedürftigkeit des früheren Eigentümers und seine Unfähigkeit nachgewiesen ist, sein beschlagnahmtes Eigentum zurückzukaufen.

Vor Ausbruch eines Beamtenstreiks in Frankreich? In Frankreich droht ein Streik der Beamten auszubrechen, die wiederholt Gehaltsaufbesserung verlangten. In einer Entschliessung stellen sie erneut ihre Forderungen auf und kündigen an, daß sie selbst vor einem Generalstreik im öffentlichen Dienst nicht zurückweichen würden.

Die russischen Unterstufungen für die englischen Bergarbeiter. Innenminister Johnson Hicks erklärte im Unterhaus, daß nach seinen Informationen der Gesamtbetrag der aus Rußland den englischen Bergarbeitern überwiesenen Beträge 1 087 000 Pfund betrage. Soviel er wisse, handele es sich um obligatorische Abgaben der russischen Arbeiter.

Auflösung der liberalen Partei in Italien. Nach einer Meldung aus Rom teilte der Abg. Solari mit, daß er von dem Sekretär der bürgerlich-liberalen Partei ein Telegramm erhalten habe, worin die Auflösung der Partei gemeldet werde.

Der Finanzausgleich vor dem Reichskabinett.

U Berlin, 13. Nov. Wie der Demokratische Zeitungsdienst mitteilt, hat das Reichskabinett den von dem Reichsminister der Finanzen vorgelegten Gesetzentwurf über den provisorischen Finanzausgleich verabschiedet. Wie verlautet, sieht der Entwurf u. a. vor, daß der umstrittene Par. 35 des bisherigen Finanzausgleiches noch bis zum 31. März 1928 bestehen bleibt.

Bayerns Kampf um den Finanzausgleich.

U München, 13. Nov. In einer Versammlung der Bayerischen Volkspartei sprach der Finanzminister Dr. Krasner über den Finanzausgleich. Auch Ministerpräsident Dr. Held ergriff das Wort, um die Wichtigkeit zu unterstreichen und zur Einigkeit in diesem Kampfe aufzufordern. In einer Entschliessung gaben die Versammelten ihrem Bedauern Ausdruck über die finanzielle Aushungerung der Länder, deren Aufgehen in einem deutschen Einheitsstaat angestrebt werde. Die geplante Verlängerung des jetzigen Finanzausgleiches wurde als eine Verletzung der Reichsverfassung bezeichnet, wenn nicht ganz wesentliche Verbesserungen zu Gunsten der Länder und Gemeinden vorgenommen würden.

Hilfsmaßnahmen für die westlichen Gebiete.

U Berlin, 13. Nov. Im Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete wurde ein Antrag angenommen, der Schutz für die landwirtschaftlich bestellten Gebiete fordert, die in zahlreichen Fällen durch militärische Übungen der Besatzungstruppen gefährdet worden sind. Ein anderer Antrag verlangt von der Regierung einen Bericht, aus dem sich der gegenwärtige Stand der durch das Reichskabinett in Aussicht gestellten Hilfsaktion für den Mittelstand ergibt. Einstimmige Annahme fand ein Antrag, wonach die durch den Ruhrkampf besonders schwer geschädigte pfälzische Lederindustrie baldigst entschädigt werden soll und die noch unersiedigten Ansprüche der pfälzischen Tabakindustrie in dem Härtefonds baldigst wohlwollend erledigt werden sollen. Reichsminister Dr. Bell gab dem Ausschuß darauf das Bauprogramm für das Jahr 1927 bekannt. Schließlich beschäftigte sich der Ausschuß

mit dem Kulturfonds. Reichsminister Dr. Bell machte dazu längere Ausführungen, in denen er mitteilte, daß eine Erhöhung des Fonds um 1 Million im Nachtragsetat beantragt sei. Mit den beteiligten Länderregierungen habe sich ein Verfahren für die Verwendung der Fonds herausgebildet, das sich in nahezu zweijähriger Praxis bewährt habe. Der Minister gab dann im einzelnen über die Verwendungsmöglichkeiten des Fonds Auskunft. Darauf vertagte sich der Ausschuß.

Schwierigkeiten der Prager Regierung.

Um den deutsch-tschechischen Flugverkehr.

U Prag, 13. Nov. Wie vorsehen, hat der deutsche Verkehrsminister der tschechoslowakischen Regierung, Prof. Spina, vor dem Budgetausschuß des Prager Abgeordnetenhauses seine Ausführungen in tschechischer Sprache gemacht. Die Erwartung, daß er wenigstens auf deutsche Anfragen deutsch antworten würde, hat sich nicht erfüllt. Der Arbeitsminister berichtete im besonderen über die Ausgestaltung des tschechischen Flugwesens. 1923 sei mit England ein Abkommen über die Linie London—Indien über die Tschechoslowakei vereinbart worden. Die Durchführung des Planes sei jedoch am Widerstand Deutschlands gescheitert. Der Minister hofft, daß die Schwierigkeiten mit Deutschland beseitigt und der Verkehr im Frühjahr aufgenommen werden wird. Mit dem Deutschen Reich seien neue Verhandlungen über die Linie Prag—Berlin bzw. Berlin—Prag—Wien im Gange. Als Gegenleistung verlange die Tschechoslowakei eine Linie Prag—Hamburg.

Aus aller Welt.

Große Kohlenchiebungen im Ausland.

Große Kohlenchiebungen ins Ausland, die zum Teil seit Monaten auf Grund beim Kohlenhändler in Essen gestohlener Ausfuhrerlaubnisse betrieben wurden, sind in Duisburg aufgedeckt worden. In Emmerich konnte noch eine große Anzahl beladener Schiffe beschlagnahmt werden. Insgesamt sind bisher etwa 50 Personen festgenommen worden, die nach ihrer Vernehmung aber wieder auf freien Fuß gesetzt wurden.

Schweres Straßenbahnunglück bei Emmerich.

Wie aus Emmerich gemeldet wird, wurde auf der Straßenbahnlinie Emmerich—Zepton kurz vor Emmerich die Frau eines Arbeiters von einem Straßenbahnwagen erfasst und auf der Stelle getötet. Beim Weiterfahren fuhr der Wagen in eine Gruppe von Holländern hinein. Dabei wurde eine Person getötet und drei weitere Personen lebensgefährlich verletzt.

Unterschlagungen bei der Reichsbahn in Ludenwalde.

Wie die Morgenblätter melden, ist der Beamte der Güterklasse des Bahnhofes Ludenwalde, Eisenbahnsekretär Biender, von Beamten des Eisenbahnüberwachungsdienstes der Eisenbahndirektion Halle wegen fortgesetzter Unterschlagungen in Haft genommen worden. Die Höhe der veruntreuten Gelder dürfte 3000 M. übersteigen.

Drei Nobelpreisträger Deutsche.

Wie aus Stockholm gemeldet wird, erhielten den Physikpreis des Jahres 1925 die Göttinger Professoren James Franck und Paul Herz für ihre Elektronenuntersuchung. Der Physikpreis für 1926 wurde dem französischen Forscher Terpin zugesprochen. Der Nobelpreis des Jahres 1925 wurde dem Göttinger Professor Sigmund verliehen, der Chemiepreis des Jahres 1926 wurde dem schwedischen Professor Svedberg (Uppsala) verliehen.

Schwere Explosion in Heidenau.

In der Zellulosefabrik von Hoeß u. Co. in Heidenau bei Dresden ereignete sich eine schwere Explosionskatastrophe. In einem Raum explodierte ein Acetylenbehälter, wodurch 12 Personen verletzt wurden. Ein Monteur ist bereits seinen Verletzungen erlegen.

Gräfin Laßbergs Enkelin.

Roman von Fr. Lehne.

26. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

„Du bist aber auch die Enkelin irgend eines Monsieur Legene, ein Fräulein Habenichts!“ höhnte die Baronin. „Meinem Sohn ist eine andere bestimmt.“

„Ich lasse nicht von Luz und er läßt nicht von mir, das weiß ich! Alles wollt ihr mir nehmen, alles, was mein Glück ausmacht,“ seufzte sie leiser hinzu.

„Heute habe ich dir nichts weiter zu sagen, Yvonne.“ Sie wollte auf Luz warten, aus dessen Mund ihr Schicksal hören. Er würde sich doch zu ihr bekennen und zu ihr halten. Ein Zweifel daran wäre Verjüngung an ihm gewesen. Mit aller Gewalt klammerte sie sich an den Gedanken; aber das Herz wurde ihr immer schwerer. Sie verging fast vor Ungeduld.

Endlich kam er mit dem Freunde. Sie hörte sein sorgloses Lachen, Dagoberts ruhige Stimme.

Vorsichtig lauschte sie zur Tür hinaus. Luz mußte bei der Großmutter bleiben. Herta ging mit dem jungen Lichtenfels nach dem Garten.

In unerträglicher Stimmung hob Yvonne die Arme hoch. Jetzt fiel die Entschcheidung. Wie lange er blieb! Sie konnte es auf ihrem Zimmer nicht mehr ertragen.

Vorsichtig schlich sie die Treppe hinunter. Jetzt mußte er doch bald kommen. Und im Garten, an beider Lieblingsplatz, wollte sie ihn erwarten. Sie versteckte sich im Gebüsch.

Nicht lange und sie hörte nahende Schritte. Es waren Herta, Dagobert und Luz, die da kamen.

Luz sah sehr ernst, ja fast verstört aus, und beinahe ungeduldig wehrte er den Redereien der Schwester und des Freundes.

„Ich bitte euch, laßt mich einen Augenblick allein! — Später, Dagobert, später! Ich weiß, du meinst es gut,“ wehrte er dem Freunde, der sich sein verstörtes Wesen gar nicht erklären konnte. Luz, mit dem er den ganzen Tag so fröhlich zusammen gewesen, war ja kaum wiederzuerkennen. Was mochte da vorgefallen sein?

Herta zog ihn mit sich fort. Sie schob ihren Arm unter den seinigen. „Kommen sie, Dagobert! Lassen sie den alten Brummbarren! Wer weiß, was ihm über die Leber gelaufen ist. Kommen Sie, wir wollen jetzt die Erdbeeren plündern.“ Sie war froh, endlich den geliebten und begehrten Mann für sich allein zu haben. Sie wartete so sehnsüchtig auf seine Erklärung.

Schwer ließ Luz sich auf die Bank nieder und stützte sorgenvoll seinen Kopf in die Hände.

Herrgott, diese letzte halbe Stunde mochte er nicht noch einmal durchleben. — Lieber von zehn Vorgesetzten gerüffelt werden, als so von der Großmutter. Wie ein gemagrtegelter, geprügelter Schuljunge kam er sich vor.

Da hörte er in einer leisen, süßen Stimme seinen Namen, und im Nu sah Yvonne neben ihm.

„Mein Luz!“ Scheu und sanft küßte sie ihn auf die Wangen und streichelte seine Hände. Müde ließ er sich ihre Liebschöpfung gefallen, ohne sie zu erwidern. Ein banges Schweigen herrschte.

Er nickte ein paarmal vor sich hin in seinem trüben Sinnen.

„Ich sehe keinen Weg! Jetzt ist alles aus!“ murmelte er.

„Was?“ schrie sie erschreckt. „Was sagst du?“

„Da sah er sie groß an.“

„Diese letzte Stunde hättest du mir ersparen können, Yvonne!“

„Wieso? Hast du den Brief von Daisy Hammerstein denn nicht gelesen?“

„O doch! — Aber warum alles so glatt zugeben? Du kennst doch Großmama. Es hätte sich auch noch anders drehen lassen.“

Unwillkürlich nahm sie ihre Hände von den seinen und rückte weg von ihm.

„Denkst du, Luz? Da hätte ich lieber den Verdacht auf mich nehmen sollen, den deine Mutter sowieso schon geäußert hatte, daß ich ohne Ueberlegung ein leichtsinniges Liebesverhältnis mit dir angeknüpft hätte? Das kann doch dein Ernst nicht sein.“

„Dann auch noch zu sagen, wie lange du schon meine Braut bist, trotzdem ich dich gebeten hatte, zu schweigen.“

Bierkötters Reformplan für Amerika.

Ernst Bierkötter, der deutsche Kanalzwinger, ist in einem Flugzeug der Luft Hansa von Berlin nach Köln zurückgefliegen. Er hatte sich einige Tage in Berlin aufgehalten, um die finanzielle Grundlage für seine geplante Amerika-Expedition zu schaffen. Bierkötter will sich bereits in etwa 14 Tagen einschiffen und hat sich als erste Aufgabe die Bewältigung der Strecke von Los Angeles nach der Insel Santa Catalina gesetzt. Diese ist um etwa 3 Meilen länger als die Kanalstrecke und noch niemals von einem Schwimmer zurückgelegt worden.

Eisenbahnkatastrophe in der Tschechoslowakei.

In einem Vorortbahnhof von Prag kamen 16 Waggons ins Rollen und fuhren in der nächsten Station auf einen Nachtzug. Durch den Anprall entgleisten 5 Waggons. 4 wurden schwer beschädigt. Der Signalfremser wurde verletzt.

In der Nähe von Saaz lösten sich auf einer Strecke die Kuppelungen eines Lastwagens. Der erste Teil des Zuges mit der Lokomotive fuhr in gleichem Tempo weiter, die abgerissenen Wagen blieben etwas zurück. Als dann die Strecke starker abwärts geneigt wurde, fuhren sie mit voller Wucht in den Stammzug. Mehrere Wagen wurden beschädigt und aus den Gleisen geworfen. Der Schaden ist sehr groß. Ein Mann des Personenzuges wurde schwer verletzt.

Große Sturmschäden auf Java.

Wie „Anet“ aus Indien berichtet, hat ein schwerer Sturm großen Schaden auf Java angerichtet. Reum Tabaklager wurden vernichtet und zahlreiche Personen verunndet.

Aus d. christlichen Jugendbewegung.

Die Religiosität der heutigen Jugend in ihrer Stellung zur Bibel

Jugend und die Bibel! Dagegen lehnt sich manchenmal gerade die religiöse Jugend auf. Es gibt einen großen Teil der Jugend, die will Frömmigkeit, die will Glauben, aber sie will sie in eigenen Formen, sie fürchtet von einer Beschäftigung mit der Bibel, daß sie dann hineingeleitet könnte in ein religiöses Schema, in ein Nachsprechen und Anempfinden, sie will aber ein Eigengewächs haben. Jugend hat einen scharfen Blick dafür, wie selten es doch Frömmigkeit gibt, wie vieles von dem, was sich als Frömmigkeit ausgibt, ein ganz merkwürdiges Gemisch ist von menschlich Allzumenschlichem. Es geht ein großer Hunger nach wahrhafter Frömmigkeit durch weite Kreise der Jugend. Gerade darum gehört Jugend und Bibel zusammen. Denn man könnte einmal die Bibel auch so darstellen: als den großen Kampf gegen alle sogenannte „Frömmigkeit“. Gewiß, im alten Testament wird von den Propheten häufig gekämpft gegen Gottlosigkeit, aber doch viel mehr gegen Götzendienst, gegen eine veräußerlichte, gefühllose Frömmigkeit. Warum wurden die Propheten so verfolgt? Weil sie Formen, in denen damals die Frömmigkeit des Volkes sich auslebte, aufs heftigste bekämpften, weil sie auf Verinnerlichung drangen, alle Neuzerlichkeit herausdrängten. Es ist der Kampf Gottes mit selbstgemachter menschlicher Frömmigkeit. Und im neuen Testament ist es doch das gleiche. Wogegen kämpft Christus? Gegen die damalige Frömmigkeit, so sehr, daß er einmal sagen kann: „Die Ehebrecher und Mörder sind dem Himmelreich näher wie Ihr!“ Nämlich Ihr, die Pharisäer und Schriftgelehrten. Der Umgang mit der Bibel wirkt deswegen so befreiend, weil sie mit unerbittlicher Wahrhaftigkeit alle Scheinfrömmigkeit entlarvt und bekämpft. Hier gibt's kein Schema für Frömmigkeit, keine Routine der Frömmigkeit, sondern gerade im Evangelium wird die Frömmigkeit auf das Allerinnerlichste gestellt, auf einen lebendigen Gehorsam gegen eine lebendige Persönlichkeit Jesus Christus. Diese Frömmigkeit allein bleibt immer ganz frei, ganz unschematisch, ganz rein, ganz wahrhaftig und wird immer neu. Die Jugend, die wahrhaftige Frömmigkeit sucht, gehört auf die Seite der Bibel!

J. Engelke.

Stannend sah sie ihn an, als ob sie ihn jetzt erst ganz kennen lernte. War das denn ihr Luz, der so unentschlossen und rüdigratlos sein konnte, jetzt, nachdem er vor die Entscheidung gestellt war? Doch sie rechnete mit seiner Erregung, hielt ihm diese zugute.

„Aber Luz, soll ich mich mit Recht wegen Leichtfertigkeit schelten und schmähen lassen? Wenn du mich lieb hast, kannst du das gar nicht verlangen! Und in einer Hinsicht ist es gut, daß es so gekommen ist. Nun weiß Großmama wenigstens, woran sie ist, und quält dich und mich nicht mehr mit ihren Heiratsplänen.“

„So, meinst du, daß es gut ist, so vorzeitig aus der Schule geplaudert zu haben?“ Er lachte höhnisch.

„Ja, konnte ich denn anders?“ Beleidigt stand sie auf. Er machte ihr Vorwürfe, daß sie die Wahrheit gesagt, „Luz, du hast mich nicht mehr lieb, sonst würdest du nicht so zu mir sprechen!“

Da zog er sie auf seine Arme. Ihre unbefehliche Süße hatte ihn bezwungen. „Ich habe dich lieb, mehr, Kleines, mehr als du ahnen kannst — du —“ und er küßte sie so wild und leidenschaftlich, wie er sie nie zuvor geküßt hatte. Ihr drohender Verlust zeigte ihm erst, wie teuer sie ihm war.

Erschreckt und verwirrt durch sein Ungestüm, befreite sie sich aus seinen Armen.

„Luz, was ist denn?“ Sie strich sich das Haar aus dem erglühenden Gesicht. „So sag' mir doch, Luz, was Großmama dir gesagt hat!“

„D, nichts weiter. Nur dasselbe wie dir — es muß aus sein zwischen uns beiden. Sonst zieht sie ihre Zusage, mir zu helfen, zurück. Ich weiß nicht, was ich tun soll. Kramer hat mein bestimmtes Verprechen, daß ich die Bürgschaft einlöse, erst vor drei Tagen bekommen, nun kann ich ihn doch nicht sitzen lassen — so kurz vor dem Ersten — und die alte Dame sträubt sich. Und meinen Wechsel am ersten August — wer bezahlt den?“ Er fuhr sich mit beiden Händen durch die Haare. „D, es ist zum Verrücktwerden! In solcher Klemme bin ich noch nie gewesen. Und mein Wort dem Kameraden gegenüber kann ich auch nicht einlösen.“

(Fortsetzung folgt.)

Der...
rungen...
Grund...
Der Fin...
lagung d...
des Kale...
zettel im...
neten des...
Direktoren...
antwort...
rektoren...
abzugsfä...
Ausföhr...
Redner d...
terung d...
Bauernbr...
dadurch...
der Land...
sch jeht...
Ausgabe...
gesammel...
Millionen...
schwächer...
zeitig der...
daher ab...
6 ja, 3 n

Stadti...
vor hat...
des am...
Sitzungs...
Das bere...
lehrers...
des hohen...
macht no...
Teil des...
gelegene...
dienenden...
gabe kön...
jowie ei...
Ar mit d...
liche Bau...
Vor Eint...
die Festf...
S an n...
der zuge...
Umfangst...
gleich we...
Weise be...
tieren un...
gen, d. h...
Der Vorf...
weisen sei...
meindank...
mitgeteilt...
für das J...
den vorlä...
über dem...
teile an d...
1924 215...
1926 feler...
meinde ha...
angelegter...
106 000...
auf die G...
einen An...
men in 58...
steuer 167...
Stadt mir...
genüber d...
würde sich...
sichende...
wahrung...
Jahr 1926...
Staatssteu...
statt. G.-D...
nahme auf...
Ernst der...
schenken...
nis, spar...
meindeha...
Baugrund...
fäkt. Best...
zusammeng...
erwerb vor...
punkt, die...
lichen Wer...
führungen...
wachsenden...
rung aus...
Folge refu...
die schädig...
entwurfs...
prinzipiell...
gimnt die...
betr. Abg.

Vom Landtag.

Aus dem Steuerauschuß.

Der Steuerauschuß des Landtags setzte am Freitag die Beratungen des Entwurfs eines Gesetzes zur Aenderung des Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuergesetzes bei Art. 28 fort. Der Finanzminister Dr. Dehlinger äußerte sich über die Veranlagung dahin, daß eine Rückkehr zur Veranlagung nach Abschluß des Kalenderjahres erstrebt wird, sodas die Ausgabe der Steuerzettel im Frühjahr erfolgen könne. Die Anfrage eines Abgeordneten des Zentrums über die Abzugsfähigkeit der Lantien der Direktoren und Aufsichtsräte vom gewerblichen Reinertrag beantwortete der Finanzminister dahin, daß die Lantien der Direktoren zum persönlichen Arbeitsverdienst gehören und deshalb abzugsfähig sind, jedoch nicht die der Aufsichtsräte. Bei Art. 29 Ausschreibung des persönlichen Arbeitsverdienstes begründeten Redner der Bürgerpartei und des Zentrums einen zur Erleichterung des Kleingewerbes gestellten Antrag. Ein Sprecher des Bauernbundes lehnt diesen Antrag Hiller, Rank, Roth ab, weil dadurch zu große Ausfälle und eine Wenigerbelastung gegenüber der Landwirtschaft entstehe. Der Finanzminister erklärt, daß es sich jetzt darum handle, für die von allen Parteien bewilligte Ausgabe auch die Deckung zu schaffen. Reserven werden keine gesammelt. Der Staatshaushalt 1926 weist ein Defizit von 4 Millionen Mark auf. Wenn für die Uebergangszeit eine Abschwächung vorgenommen werden soll, so könne man nicht gleichzeitig den Dauertarif ermäßigen. Der Antrag Hiller-Rank sei daher abgelehnt. Bei der Abstimmung wird der Antrag mit 6 ja, 3 nein und 5 Enthaltungen abgelehnt.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 15. November 1926.

Vom Rathaus.

Stadtschultheiß Göhner eröffnet die Sitzung um 5 Uhr; zuvor hat das Kollegium eine Augencheinahme des Geländes am hohen Felsen vorgenommen. Nach Verlesen des letzten Sitzungsberichts wird sogleich in die Tagesordnung eingetreten. Das bereits in voriger Sitzung behandelte Gesuch des Hauptlehrers Nische um Abtretung eines Bauplatzes im Gelände des hohen Felsen steht abermals zur Beratung. Der Vorsitzende macht noch einmal seine Bedenken geltend, einen allzugroßen Teil des Areals abzutreten, da es als Zugang für das oberhalb gelegene Baugelände bzw. zur Anlage eines der Allgemeinheit dienenden Platzes besonders geeignet sei. Im Falle der Abgabe könne nur eine käufliche Abtretung von 4 bis 5 Ar, sowie eine Verpachtung oder käufliche Abtretung von 4 Ar mit dem Recht der Rücknahme in Frage kommen. Das fragliche Baugelände grenzt an das Areal des Bezirkskassensammlers. Vor Eintritt des Kollegiums in die Aussprache, welcher u. a. die Festsetzung des Bodenpreises vorbehalten war, richtet G.-R. Sannwald die Bitte an den Vorsitzenden, über die Höhe der zugewiesenen Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer Aufschluß zu geben. Durch den neuen Finanzausgleich werde der Haushaltsplan der Gemeinde in entscheidender Weise beeinträchtigt werden, sodas man sich rechtzeitig orientieren und sichern müsse, wenn man unliebsame Uebererschungen, d. h. ein erhebliches Defizit des Etats vermeiden wolle. Der Vorsitzende erklärt hierzu, daß es bereits seine Absicht gewesen sei, in heutiger Sitzung über die Ueberweisung der Gemeindeanteile zu sprechen und führt aus, daß das Ministerium mitgeteilt habe, eine Zuweisung weiterer Abschlagszahlungen für das Jahr 1926 werde vorläufig nicht mehr erfolgen, da nach den vorläufigen Anhaltspunkten die Gemeindeanteile gegenüber dem Jahre 1925 erheblich zurückgehen würden. Die Anteile an der Einkommen- u. Körperschaftsteuer haben im Jahre 1924 215 000 M., im Jahre 1925 216 000 M. betragen. Für 1926 seien 204 000 M. im Haushaltsplan eingelegt, die Gemeinde habe bisher aber nur 98 104 M. erhalten, sodas bei der angelegten Einstellung der Abschlagszahlungen ein Ausfall von 106 000 M. entstehen würde. Bei einer Umlage von 18 Proz. auf die Gemeindefakataster habe die Stadtgemeinde Anspruch auf einen Anteil von 35-40 Prozent. Bei einem Gesamtaufkommen in Höhe von 457 000 M. Veranlagungsst. 249 000 M., Lohnsteuer 167 000 M., Körperschaftsteuer 41 000 M.) stehe der Stadt mindestens ein Anteil in Höhe von 159 950 M. zu. Gegenüber der im Voranschlag eingelegten Summe von 204 000 M. würde sich also das Defizit auf 44 000 M. stellen. Der Vorsitzende stellt den Antrag, beim Finanzministerium schärfste Verwahrung gegen die Einstellung der Abschlagszahlungen für das Jahr 1926 einzulegen und vorläufig von einer Ablieferung von Staatssteuern abzusehen. Der Gemeinderat gibt diesem Antrag statt. G.-R. Sannwald wendet sich nunmehr unter Begünstigung auf die Ausführungen des Vorsitzenden, aus denen der Ernst der Sachlage deutlich hervorgehe, gegen das weitere Verbleiben von städt. Banareal. Es sei ein unbedingt erforderliches, sparsam zu wirtschaften, um die schweren Lasten des Gemeindehaushalts aufbringen zu können. Die große Anzahl von Baugrundstücken, die in kluger Voraussicht in früherer Zeit in Kauf genommen worden seien, sei bis auf wenige Plätze zusammengeschrumpft; es sei jetzt geboten, wieder an den Neuzugriff von Grundbesitz zu denken und unter diesem Gesichtspunkt, die noch abzugebenden Grundstücke nur nach ihrem wirklichen Wert zu verkaufen. G.-R. Sannwald macht hierauf Ausführungen über die schwere Lage der Wirtschaft angesichts der wachsenden Steuerlasten, die Unmöglichkeit einer Rationalisierung aus Mangel an Kapital und die hieraus in natürlicher Folge resultierende Arbeitslosigkeit. Nach einem Hinweis auf die schädigenden Wirkungen des neuen württ. Gewerbesteuerentwurfs empfiehlt Gemeinderat Sannwald nochmals, prinzipiell keine Bauplätze mehr zu verschenken. Hierauf beginnt die Aussprache über das Gesuch von Hauptlehrer Nische betr. Abgabe eines Bauplatzes am hohen Felsen. G.-R.

Vaeuchle spricht sich für die Abgabe des fraglichen Geländes aus und kann hierin keine Bedenken für eine spätere Entwicklung der Anlage bzw. der Bebauung des hohen Felsengeländes finden. Die G.-R. Perrot u. Proß schließen sich diesem Standpunkt an. G.-R. Proß erklärt, daß auch er unbedingt für eine Aenderung der bisher geübten Bodenpolitik eintrete, dies könne jedoch nicht plötzlich geschehen, sondern es sei ein Uebergangsmodus mit stufenweisem Aufbau der Bodenpreise zu schaffen. G.-R. Dr. Autenrieth spricht sich für Abgabe des Baugeländes bei angemessenem Preis aus. G.-R. Hörnle tritt für die Abgabe eines größeren Areals gegen Rückkaufsrecht an den Geschwister ein, wogegen man keinerlei Bedenken haben könne. Die Bauplatzfrage werde in diesem Jahr nicht mehr akut werden, man möge die kleine Anzahl Bauplätze noch unterstützen, da im nächsten Jahre die Aussichten für eine weitere Neubautätigkeit voraussichtlich sehr gering seien. Auf die Ausführungen von G.-R. Sannwald eingehend, führt er aus, daß nicht nur die Industrie, sondern auch der Lohnempfänger unter der steuerlichen Belastung leide. G.-R. Sannwald erweitert hierauf, er habe besonders die städt. Umlagekosten im Auge gehabt, weil das Defizit des städt. Etats — ob es groß oder klein sei — ausschließlich von Gebäudebesitzern und Gewerbetreibenden zu tragen sei. Auch wendet er sich gegen den Gedanken eines Uebergangsmodus in der Bodenpreispolitik. G.-R. Haile weist darauf hin, daß infolge der Wohnungsnot der Gemeinderat gezwungen gewesen sei, Bauplätze zu verschenken. Auch heute noch bestehe Wohnungsmangel, den auch die Tatsache, daß einige größere Wohnungen leer stehen, nicht aus der Welt schaffe. Heute befänden wir uns in einer Zeit des Uebergangs, welche sich auch in der Boden- und Wohnungs politik auswirke. Es gelte hier einen stufenweisen Uebergangsmodus zu schaffen. Wenn der frühere Gemeinderat in großzügiger Weise Boden erworben habe, um die Bodenpolitik zu beherrschen, so sei das gewiß lobenswert, doch wäre es zu begrüßen gewesen, wenn er sich auch um die damals schon so dringliche Schaffung neuer Schulräume bekümmert und unserer Zeit nicht diese schweren Lasten überlassen hätte. Es sei bei der Abgabe von Bauplätzen zu berücksichtigen, daß wir noch nicht in normalen Zeiten leben, die Abgabebedingungen seien dementsprechend zu gestalten. Im Interesse des Wohnungsmangels und auch des heimischen Handwerks müsse man den Bauplätzen entgegenkommen, dem vorliegenden Gesuch sei zu entsprechen und bei der Preisfestsetzung die schlechten Grundverhältnisse des Areals zu berücksichtigen. Nachdem sich auch die G.-R. Knecht, Proß, Frommer, Pfeifer und Stüber für Abgabe des Bauplatzes und pachtweise Ueberlassung weiteren Gartenlandes ausgesprochen haben, stellt G.-R. Proß den Antrag, das fragliche Areal in Größe von 8 Ar gegen Rückkaufsrecht einer festzusetzenden Fläche zum Preise von 2 M. pro Quadratmeter abzugeben, während G.-R. Haile den Antrag stellt, einen Preis von 1-1,50 M. anzusetzen. G.-R. Zahn spricht sich für einen baldigen Uebergang zu normaler Preisgebung aus. Der Vorsitzende stellt sodann das Einverständnis des Kollegiums fest, den Bauplatz an Hauptlehrer Nische mit dem Vorbehalt des Rückkaufs zum Preis von 1 M. 50 Pf. für den Quadratmeter abzugeben. Zwei weitere Gesuche um Abtretung von Baugelände in der Steinrinne werden zurückgestellt, da vor Fertigstellung des Bebauungsplanes nicht an eine Abgabe gedacht werden kann. G.-R. Vaeuchle beantragt, daß die Abgabe städt. Bauplätze außer in dringenden Fällen infolge des Mangels an Plätzen eingestellt wird. G.-R. Haile wendet sich gegen die teure Erschließung von Baugelände durch Straßen, die durch die Erstellung einzelner Bauten notwendig wird und empfiehlt planmäßigen Ausbau in erschlossenem Gelände. Die G.-R. Autenrieth und Knecht wenden sich gegen die Abgabe weiterer Bauplätze und sprechen sich für Neuvererbung aus; G.-R. Proß tritt nur für eine vorübergehende Sperre ein. Hierauf wenden sich die G.-R. Beigel, Scholl und Pfeifer, die für eine weitere Abgabe zu angemessenen Preisen eintreten. Der Gemeinderat beschließt hierauf lediglich die Abgabe von Baugelände in der Steinrinne zu sperren. Im „Stadendärle“ steht noch Baugelände zu 1 M. den Quadratmeter zur Verfügung, das ausdrücklich für Bauplätze, die bald bauen wollen, vorbehalten ist. — Ein Gesuch Bleich-Greßler um niedere Ansetzung des Bodenpreises für ihr Grundstück am Teuchelweg wird nach Stellungnahme der G.-R. Proß, Frommer, Haile, Pfeifer, Sannwald und Hörnle abgelehnt, da es sich bei dem fraglichen Areal um Gelände handelt, welches von der Stadt zu einem höheren Preis erworben wurde und die Antragsteller Gelegenheit hatten, billiges Gelände zu erwerben. — Auf Anfrage der Stadtverwaltung beim Gv. Oberschulrat betr. Einführung des 8. Schuljahres ist eine kurze Mitteilung ergangen, der zufolge eine Aenderung der Absicht, wonach die Einführung ab 1. April 1928 vorgesehen ist, nicht bekannt ist. Rektor Beutel hat die Einführung des 8. Schuljahres schon ab 1. April des Jahres 1927 warm empfohlen und glaubt, daß für eine Reihe von Jahren keine Mehrkosten entstehen würden. Gemeinderat Haile tritt für die Einführung des 8. Schuljahres schon im nächsten Jahr ein im Interesse der Jugend, die vielfach beschäftigungslos sei. Er wünscht baldige Verabschiedung des Reichsschulgesetzes im Reichstag. Auch die G.-R. Zahn und Hörnle treten für die Einführung ein, der letztere unter dem Hinweis auf die Verhältnisse im benachbarten Baden. G.-R. Sannwald kann sich nicht für die Einführung entscheiden, er tritt vielmehr dafür ein, die Unkosten im Hinblick auf den kommenden Glanzfall wenigstens für 1 Jahr zu ersparen. G.-R. Vaeuchle hält die Mitteilung des Oberschulrats für nichtsagend, er glaubt, daß die Einführung vorläufig nur für die größeren Städte geplant sei, tritt jedoch trotz der entstehenden Unkosten für die Einführung des 8. Schuljahres im Interesse der Jugend ein. G.-R. Perrot lehnt die Einführung ab. Der Gemeinderat beschließt hierauf die Einführung des 8. Schuljahres für Knaben in der evangelischen wie in der katholischen Volksschule ab 1. April 1927. — Der Nutzungs- und Kultur-

plan für den städtischen Wald für das Jahr 1927 sieht 2000 Festmeter Haupt- und 350 Festmeter Nebennutzung vor, bewegt sich also in durchaus normaler Bahn. Der Kulturplan umfaßt eine Anpflanzfläche von 2 Hektar 52 Ar, der Gesamtanpflanzung beträgt 1650 M. — Wie der Vorsitzende mitteilt beträgt der vom Gaswerk gewährte Verbrauchsrabatt im Jahre 1925 310,07 M., der des Elektrizitätswerks 4487,40 M. Es wird hierzu beschlossen, daß Rabatte unter einer Mark künftig nicht mehr ausbezahlt werden sollen. — Die Rechnung der Technischen Werke für das Jahr 1924 ist abgeschlossen und die Bilanz gefertigt. Herkömmlicherweise wird letztere wieder durch einen Kaufmann geprüft werden. — Die Sitzung wird nach Erledigung einiger weiterer Verwaltungsangelegenheiten geschlossen. Anschließend geheime Sitzung.

Novembersonne.

Novembersonne. ... Das ist etwas Wunderbares, Unverhofftes, Seltsames, fast etwas Befremdliches. Wenn in diesen Wochen feuchtkalte Nebel wallen und ihre häßlichen Schleier über die Erde breiten, so sehen wir darin unvermeidliche Boten der Jahreszeit, mit denen wir uns abfinden müssen. Wenn aber dann mit einem Mal wie durch ein Wunder blauer Himmel leuchtet, eine milde, wärmende, freundliche Sonne strahlt, wenn die immer noch nicht erloschenen Farben der heimatischen Laubwälder aufs neue in feurigen, satten Tönen auflösen, dann nehmen wir solche Gottesgaben mit freudigem Dank hin und grüßen jeden Tag und jede Stunde, die diese Spätherbstschönheit weilt.

Wie unzuverlässig doch eigentlich alles „Wettermachen“ ist. Da haben sie uns in diesem Jahr einen besonders frühen Winterpropheete und wollten dafür alle möglichen Beweise aus der Naturbetrachtung empfangen haben. Und nun dürfen wir uns gerade heuer eines Geschenkes erfreuen, das uns nur selten einmal ein Jahr vergönnt: Novembersonne!

Scheugewordenes Pferd.

Am Sonntag vormittag, als die Kirchgänger gerade nach Hause gingen, scheute beim „Köhle“ in der Meßgergasse das Pferd eines Milchhändlers von Althengstett. Das Pferd riß die Deichsel ab und warf den Milchwagen um. Die Milchstannen wurden alle auf den Boden geworfen, waren aber glücklicherweise leer, sodas in dieser Hinsicht kein Schaden entstand. Das Pferd konnte durch die mutige Eingreifen eines Mannes zum Stehen gebracht und weiteres Unheil vermieden werden.

Eröffnungsfeier im Kurhotel Kloster Hirsau.

Am vergangenen Samstag erfolgte in feierlicher Weise die Uebergabe des von der Gemeindeverwaltung Hirsau umgebauten Gasthofs „Hirsau und Lamm“, des nunmehrigen Kurhotels Kloster Hirsau, an den von der Gemeinde bestellten Pächter. Eine überaus große Gästezahl aus der Gemeinde wie aus der näheren und weiteren Umgebung Hirsaus hatte sich der Einladung der Gemeindeverwaltung folgend, eingefunden, um an dem festlichen Akt der Uebergabe teilzunehmen und den von den Architekten Paul und Adolf Grieb, Baihingen a. F., in vorbildlicher Weise durchgeführten Umbau des Hauses zu besichtigen. Die stillichere Ruhe und Behaglichkeit der Innenräume, die dem Hause den Charakter einer vornehmen, zur Erholung einladenden Gaststätte verleihen, fanden bei den Gästen ungeteilten Anklang und höchste Anerkennung. Der Festakt der Uebergabe war getragen von einer umfassenden Ansprache des um die Schaffung des Kurhotels in hervorragendem Maße verdienten Ortsvorstehers Schultheiß Maulbetzsch und einer Rede von Architekt Paul Grieb, Baihingen. Ein Prolog, Orchester- und Gesangsdarbietungen sowie die Aufführung eines von Frau Dr. Wolf, Halle a. S., mit historischer Treue verfaßten Theaterstückes „Der Verlobung in der Klosterherberge“ durch Mitglieder des Bezirkslehrervereins gaben die künstlerische Weihe. Im Verlauf eines gemeinschaftlichen Essens sprachen als Vertreter des Oberamts Amtmann Nagel, als Vertreter der Stadtgem. Calw u. des Fremdenvereins Vereins Calw Stadtschultheiß Göhner, als Vertreter der Stadtgemeinde und der Kurverwaltung Bad Liebenzell Stadtpfleger Klepser, als Vertreter der Presse der Vorsitzende des Landesverbands Württemberg der deutsch. Presse Redakteur Wolf Heiler-Stuttgart, als Vertreter des Schwarzwaldvereins Oberamtsgeometer Lindehneil-Schramberg, im Namen der Bezirksgemeinden Schultheiß Bräun-Althengstett, im Namen des Gemeinderats Hirsau Obersekretär Koch, im Namen der geladenen Gäste Amtsgerichtsrat Höbner-Calw, als Bürger der Gemeinde Hirsau und als einer der ersten Gäste des Luftkurorts Hirsau vor 33 Jahren Finanzrat Böcker. Die Redner anerkannten in Worten hohen Lobes den gesunden Unternehmungsgestir der Gemeindeverwaltung Hirsau und ihres Leiters in schwerer Zeit und den hohen Wert des geschaffenen Wertes für den ferneren Aufschwung des Luftkurortes Hirsau und darüber hinaus für das ganze Nagothal. Alle Teilnehmer an der wohl gelungenen Feier waren sich in dem Wunsche einig, das aus der alten Klosterherberge neuerstandene Kurhotel möge unter der erfolgversprechenden Leitung seines Pächters blühen und gedeihen. (Ein ausführlicher Bericht über die Veranstaltung folgt.)

Tagung der Württ. Amtskörperschaften.

Der Landesverband Württ. Amtskörperschaften hielt unter Vorsitz von Oberamtmann Richter in Stuttgart seine Jahresversammlung ab. Aus dem Geschäftsbericht ist hervorzuheben, daß der Plan einer Begrenzung der Amtskörperschaftsumlage auf 6 Proz. des Grund-, Gebäude- und Gewerbelastens mit Erfolg bekämpft wurde. Befürchtungen rufte das Anwachsen der Umlage des Landesfürsorgeverbands hervor. Der Verband hat sich gegen die Uebertragung der Sonderfürsorge für ausgesteuerte Erwerbslose auf die Bezirksfürsorgeverbände verwahrt. In der Frage der Aufwertung von Sparkastenguthaben und öffentlichen Anleihen wurden Richtlinien aufgestellt. Den Amtskörperschaften wurde empfohlen, möglichst einheitlich vorzugehen, mit der Verzinsung bald zu beginnen und der Notlage bedürftiger Sparer durch Vorauszahlung kleiner Guthaben Rechnung zu tragen. Gefordert wurde eine Erhöhung der Staatsbeiträge für den Bau und die Unterhaltung der Nachbarschaftsstraßen, vor allem die Ueberweisung von Anteilen an der Reichsstraßenfahrzeugssteuer. Die Frage der Notwendigkeit der Schaffung einer Reichsreisordnung wurde verneint und eine neue Bezirksordnung für Württemberg bis zum Frühjahr erwartet. Präsident von Cuting hielt einen Vortrag über Straßenbau. Zum Vorsitzenden wurde Oberamtmann Richter-Eplingen auf drei Jahre wieder gewählt.

Wetter für Dienstag und Mittwoch.

Die Depression im Westen hat sich nun wieder verstärkt, während der Einfluß des östlichen Hochs zurückgeht. Für Dienstag und Mittwoch ist mehr bedecktes, auch zu vereinzelt niederschlägen gereinigtes Wetter zu erwarten.

Wegfall in der Leitung des Stammheimer Friedensheims.

Das besonders in Gemeinschaftskreisen sehr beliebte und bekannte Friedensheim in Stammheim, das in den letzten Jahren sich eines sehr guten Rufes erfreute, hat in seiner Leitung einen Wegfall erfahren. Hausvater Kenler, der sich für das Heim recht gut eignete, hat eine Stelle als Sekretär des Vereins christlicher junger Männer in Eßlingen angenommen und hat bereits seinen Wohnsitz dorthin verlegt. Die Leitung des Hauses hat, soviel wir hören, die Liebenzeller Mission übernommen.

Mitführung eines Passes bei Auslandsreisen.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Es besteht Anlaß, wiederholt darauf hinzuweisen, daß deutsche Reichsangehörige zum Verreisen und Verlassen des Reichsgebiets grundsätzlich stets eines gültigen deutschen Reisepasses bedürfen. Die Aufhebung des Nichtvermerkwanges mit einer Reihe von Ländern entbindet von dieser Bestimmung nicht. Deutsche Reisende, die ohne gültigen Reisepaß an der deutschen Grenze eintreffen, müssen gewärtig sein, am Grenzübergang gehindert zu werden.

*

SW Vödingen Dd. Leonberg, 14. Nov. Vor einiger Zeit wurde bei Streitigkeiten ein Mann von einem andern derart in den Mund gebissen, daß der Verletzte sich seither in ärztlicher Behandlung befindet. Gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet.

SW Stuttgart, 14. Nov. Der Württ. Landesverband der Jüdischen Reit- und Fahrvereine hat eine Ehrenschnur eingeführt, die jungen Landwirtschülern als Sieger in Jungreiterprüfungen verliehen wird. Hierdurch sollen die besten Jungreiter des Landes auch äußerlich gekennzeichnet werden.

SW Stuttgart, 14. Nov. Bis zum 15. November werden die letzten zurzeit noch an das Handamt Stuttgart angeschlossenen Teilnehmeranklässe auf den Selbstanschlußbetrieb umgeschaltet sein.

SW Stuttgart, 15. Nov. Die Vereinigten Bürgervereine Groß-Stuttgarts besaßen sich in einer gemeinsamen Versammlung mit der Tiergartensfrage. Es wurde einstimmig folgende Entschliebung angenommen: Die Bestrebungen des Tiergartenvereins Stuttgart finden die einmütige Unterstützung sämtlicher Bürgervereine. Für die Unterbringung des Tiergartens kann nach einstimmiger Meinung nur das Gelände im Rosenstein in Frage kommen. Die vereinigten Bürgervereine wünschen, daß

das Finanzministerium dieser einmütigen Stimmung Rechnung trägt und einem Gesuch um Ueberlassung eines Teiles des Rosensteins keine weiteren Schwierigkeiten bereitet.

SW Balingen Dd. Heilsbrunn, 15. Nov. Bei einer hier unter großem Andrang stattgefundenen Güterversteigerung habe sich gegenüber den in den letzten Jahren stark zurückgegangenen Güterpreisen eine überraschende Preissteigerung bemerkbar gemacht. Obgleich Barzahlung Bedingung war, so wurden Angebote mit 500-600 M. über den Anschlag einzelner Grundstücke hinaus abgegeben und der Zuschlag erteilt. Ein Beweis, daß es bei der Landwirtschaft erfreulicherweise wieder aufwärts geht und daß aus diesen Gütern wieder etwas herausgewirtschaftet werden kann. Im engen Zusammenhang mit diesen Verkaufspreisen werden nun auch die Pachtpreise bei den Neuverpachtungen von Grundstücken eine entsprechende Steigerung erfahren.

SW Kirchentellinsfurt Dd. Tutzingen, 15. Nov. Der Hilfsarbeiter Ernst Heusel wollte dem Fuhrmann Thumm, der mit seinem Fuhrwerk auf der grundlosen Straße eingefunken war, beim Vorwärtsbringen des Wagens helfen. Durch zu rasches Anziehen der beiden Pferde kippte der mit schweren Holzbohlen beladene Wagen um. Hierbei kam Heusel zu Fall. Nachstürzende Dielen schlugen ihm den Oberkörper ab, was seine sofortige Ueberführung in die Klinik in Tübingen notwendig machte.

Aus Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Berliner Briefkurse.

100 holl. Gulden	168,70
100 franz. Franken	13,89
100 schweiz. Franken	81,28

Börsenbericht.

Die Börse lag am Wochenschluß fest und die Kurse konnten sich nach den Verlusten der vorangegangenen Tage wieder einigermaßen erhellen.

Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt.

Der Obstgroßmarkt zeigte heute geringere Zufuhr, zum Teil noch Ueberstände von den letzten Märkten; die Borräte auf dem Bande scheinen zur Reize zu gehen. Die Kauflust ist sehr gering, was auch beim Kleinhandel zutrifft. Auf dem Mittwochs-Marktmart des Württ. Obstbauvereins sind 250 Kisten erstklassige Tafeläpfel zu guten Preisen abgesetzt worden, das Publikum interessiert sich lebhaft für diese Einrichtung, auch beim Kleinhandel erregt die hier angebotene Ware Beachtung. Der Mostobstmarkt hat sich in den letzten Tagen vollständig gewandelt, die Zufuhren sind infolge der Verluste ausgeblieben, die Preise hochgeschwungen. Der Gemüsemarkt hält sich im gleichen Rahmen. Zufuhr und Nachfrage decken sich. Edeläpfel das Pfund 18-25, Tafeläpfel 12-18, Spalierbirnen 20-30; Tafelbirnen 10-20, Quitten 20-35, Walnüsse 50-55, Kartoffeln 6-7, Endivien-salat 3-10, Wirsing (Kohlrut) 5-6, Filderkraut 3-4, Weißkraut 3-4, Kohlrabi 5-6, Wismutöl 1 Stück 10-40, Rosenkohl 15-20, 1 Pfund 35-45. Rote Rüben 6-8, gelbe Rüben 6-7, Karotten runde 1 Bdt. 5-12, Zwiebel 1 Pfund 5-7, Rettiche 1 Stück 3-8; Spinat 15-20, Mangold 8-10, Kohlraben 1 Stück 3-6 S.

Schweinepreise.

Milchschweine 15-24 M. — Crailsheim: Läufer 58-84, Milchschweine 20-30 M. — Giengen a. Br.: Saugschweine 15-25, Läufer 40-70 M. — Hall: Milchschweine 22-38, Läufer 65 M. — Heilsbrunn: Milchschweine 14-28, Läufer 40-62 M. — Metzingen: Milchschweine 15-27 M. — Dehringen: Milchschweine 22-32 M. — Balingen a. E.: Milchschweine 17-30, Läufer 45-70 M. das Stk.

Fruchtpreise.

Aulendorf: Gerste 12.40-12.70, Haber 9 M. — Balingen: Haber 9.50 M. — Crailsheim: Weizen 14.50-14.80, Roggen 10.50 bis 11, Haber 8.80-8.90 Gerste 12 M. — Giengen a. Br.: Kernen 15 bis 15.50, Wangan i. A.: Gerste 12-13, Haber 10-11 M. der Ztr.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verlebenskosten in Zuschlag kommen. D. Schriftst.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Altburg.

Die Gemeinde verkauft einen za. 12 Zentner schweren



jungen Schlachtfarren

Schriftliche Angebote per Zentner Lebendgewicht werden bis Mittwoch, den 17. November 1926, nachmittags 2 Uhr, erbeten. Gemeinderat.



Leigwaren:

erfreuen sich einer allgemeinen Beliebtheit unter den Verbrauchern Billige Preise Beste Qualitäten Nur zu erhalten im

Consumverein

Großer

Belzwaren-

Sonderverkauf

nur 3 Tage

Dienstag, den 16. November
Mittwoch, den 17. November und
Donnerstag, den 18. November
in Calw im „Hotel Adler“

Nebenzimmer, separater Eingang.

Große Auswahl!

Spezialität: Hochelegante Skunksgarnituren, sehr preiswert, Füchse von Mk. 20.— an, sowie verschiedene Befagfelle.

Eugen Bodon
Stuttgart.

Todes-Anzeige.



Nach kurzem Krankenlager entschlief am 31. Oktober sanft unsere liebe Tante und Großtante

Frau Frida Kaltenmark

(früher in Geddingen) in ihrem 73. Altersjahr.
Ihre Beisetzung fand am 2. November in Kornwestheim statt.
Namens der trauernden Hinterbliebenen:

D. Kaltenmark
Gartenstraße 33, Ulrich.

Nähmaschinen
(Pfaff, Gritzner, Phoenix) un-
übertroffene Qualitätsarbeit,
Große Auswahl, Bequeme
Ratenzahlungen, Empfehlung
Fr. Herzog, Calw, Ausführung,
v. Reparaturen aller Systeme

Zavelstein.

Eine ältere

Milchkuh



verkauft Witwe Wurster.



Alle Musik-Instrumente
für Haus und Orchester von
den einfachsten Schülern bis
zu den feinsten Künstler-
Instrumenten, aller Zubehör,
Saiten usw. in reicher
Auswahl empfehl.

M. Curtz, Pforzheim,
Leopold-Strasse 6,
Großhandlg. Einzelverkauf
Ausführung aller Repara-
turen und Stimmen.
Ankauf alter Geigen u. Celli.



Fischkonserven

Bismarckhering Kollmops
Bückling Delhardinen
sind in unfer. Verteilungsstellen stets frisch zu haben.
Consumverein.

Einige Sofa
u. Chaiselongue

billig zu verkaufen
Fr. Hennesarth, Tapezier-
meister, Schulgasse 5.

Defen

2 gute, eiserne
preiswert zu verkaufen
Landhaus Garba,
Leinach.

Morgen Dienstag, den
16. ds. Mts., mittags 1 Uhr
verkauft einen Wurf (sehr
schöner Schlag) ans Fressen
gewöhnte

Milchschweine

Eberhard z. „Fah“
Leinach.



Suche
zu kaufen

Geschäftshaus

oder
Gastwirtschaft
bei halber Barzahlung.
Angebote unter F. 30 an
die Geschäftsstelle ds. Bl.

Ulmbach.

Gute Milch- und Schaff-



Ruh
neumelkend
oder eine

Ruh samt Kalb

seht dem Verkauf aus
Friedrich Gaifer.

Neubulach, den 12. November 1926.

Dankfagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Teil-
nahme, die wir beim Hinscheiden unserer
lieben Mutter und Großmutter

Christine Maier Witwe

geb. Pöcher

erfahren durften, sprechen wir auf diesem
Wege unseren herzlichsten Dank aus. Be-
sonders danken wir für die trostreichen Worte
des Herrn Stadtpfarrers Maier, den erheben-
den Gesang des Mädchenschors, den Herren
Ehrenträgern und für die überaus zahlreiche
Trauerbegleitung.

Für die trauernden Hinterbliebenen:
Der älteste Sohn: **Christian Maier.**

Schmieß, den 13. Nov. 1926.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe
und Teilnahme, die wir bei dem Hinschei-
den meiner lieben Gattin, unserer lieben
unvergeßlichen Mutter

Helene Kentschler

geb. Burkhardt

erfahren durften, besonders dem
Herrn Pfarrer Gutbrod für die trost-
reichen Worte am Grabe, für den erheben-
den Gesang unter Leitung des Herrn Haupt-
lehrer Jung, den Herren Ehrenträgern, allen
denen, die ihr während ihrer Krankheit
Liebe erwiesen haben, für die vielen Kranz-
spenden, sowie für die zahlreiche Begleitung
zu ihrer letzten Ruhestätte, sagen herzlichen
Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Familie Johannes Kentschler.

Evangelische Buchhandlung
Carl Spambalg Calw
empfehl.
Gerahmte u. ungerahmte Bilder
Photogrammen in allen Größen
Kunstmappen, Kunstgaben
Holzbrandsprüche.

Ständ. Inferieren bringt Erfolg